Weltanschauungsgemeinschaft / Interessenvertretung der Konfessionsfreien / Kulturorganisation

Deutscher Freidenker-Verband

Rundbrief des Landesverbandes Nord e.V. 1/13

# Bundesweites Treffen der Freidenker

## im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e. V.

**In der Nordheide, Ahornweg 46, 21244 Buchholz OT Seppensen**

## Erfahrungsaustausch über die regionalen Grenzen hinweg vom 26. bis 28. April 2013

Der Deutsche Freidenker-Verband Landesverband Nord e.V. führt erstmalig ein bundesweites Freidenkertreffen durch. Ein abwechslungsreiches Programm erwartet alle Teilnehmer. Neben dem Kennenlernen von „Heideruh“ wird mit dem unten aufgeführten Programm Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt stehen.

Der Freitagabend gehört der Geschichte von „Heideruh“. Prof. Dr. Oliver Rump wird die Forschungsergebnisse vorstellen, die er mit einer Gruppe Studenten aus Berlin erarbeitet hat.

Am Sonnabend besteht die Möglichkeit die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen zu besuchen, alternativ in Hamburg Hafencity und Speicherstadt mit geschichtlichen Hintergründen zu erleben. Aber auch in „Heideruh“ selbst wird es Gespräche und Erfahrungsaustausch geben. Am Abend setzt sich Dr. Wolfgang Beutin mit der Religionskritik von Karlheinz Deschner auseinander. Aber an beiden Abenden bleibt

Zeit und Raum für entspannende Gespräche.

Am Sonntag gilt es in einer Gesprächsrunde Erlebtes einzuschätzen, vielleicht noch etwas Waldluft zu schnuppern und wenn der Aufenthalt nicht verlängert wird oder wurde, die Heimreise anzutreten.

Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die sich angemeldet haben, erhalten das genaue Programm.

Kurzentschlossene können sich beim DFV Nord melden.

*Angelika Scheer*

## Aus dem Inhalt

**Aus dem Inhalt:**

**Verbandsarbeit, Religions- und Kirchenkritik**

Themen:

l. Zum ersten Mal:
Programm für bundesweites Freidenker-Treffen in „Heideruh“

2. Aus dem Landesverband Nord

3. Ein linkes Volksfest wird fast 40

4. Extremismusklausel – Offener Brief des DFV an Abgeordnete

**Internationale Solidarität**

„Die Basis denkt anders als die Führung“ Solireise nach Griechenland, v.n Wilfried Dreßler

Internationale Hafentage in Hamburg v. Reinhardt Silbermann

**Aus den Regionen und norddeutschen Ländern**

**Schleswig-Holstein:**

Bundesweiter Aktionstag: Umfairteilen – in Hamburg (Fotos/Plakat)

Pressemitteilung vom 24. 08. 12

Verträge mit den muslimischen Verbänden

**Niedersachsen/Bremen**

Kampagne Heideruh - Aufruf

Braunschweiger Freidenker besuchen KZ-Gedenkstätte Dora

**Schleswig-Holstein**

Nachruf für Nadja Kleinholz

**Mecklenburg-Vorpommern**

Offener Brief der VVN/BdA an den Bürgermeister von Wolgast

**Kultur**

Buchbesprechung: Ehrenfeld für Verfolgte, v. Uwe Scheer

**Demokratische Rechte**

Rolf Gössner: Tarnname „Verfassungsschutz“ aus „FREITAG“

Unrecht bleibt Unrecht – ein Beitrag von MdB Ulla Jelpke zum Thema 40 Jahre Berufsverbote

**Historisches**

Nikolaus Kopernikus

**Tipps und Termine**

*Stand: 21.12.12*

# Aus dem Landesverband Nord

Es ist kaum zu glauben; Freidenker glauben zwar nicht, aber auch sie wissen, dass das Jahr 2012 zu Ende geht bzw. zu Ende ist.

Es liegt ein arbeitsreiches Jahr hinter uns. Über die Aktivitäten haben wir regelmäßig in unserem Rundbrief oder auch im FREIDENKER berichtet. Das herausragende Ereignis war sicher der Verbandstag in Nürnberg. Darüber ist auch berichtet worden. Ein wichtiger Beschluss muss und soll aber hier nochmals hervorgehoben werden:

**Ab 2013 erhöht sich der Mindestbeitrag für Mitglieder und Fördermitglieder von monatlich 4 € auf monatlich 5 €. Daher bitten wir alle Mitglieder und Fördermitglieder darum, dass sie die Überweisungen entsprechend tätigen oder bestehende Daueraufträge ändern. Um die Arbeit des Verbandes zukünftig weiter in guter Qualität zu gewährleisten, war diese Maßnahme nötig.**

Unsere letzte Landesvorstandssitzung fand traditionell im Rahmen unseres Wochenendseminars in Neustrelitz statt. Das Seminar befasste sich mit der Geschichte des Freidenkertums bis hin zur Weimarer Republik (Dr. Horst-Dieter Strüning, Bonn) und im zweiten Teil behandelten wir die kurze Geschichte des Freidenkerverbandes der DDR (Ralf Lux, Potsdam). Die Aussprache verlief teilweise kontrovers. Geplant ist für das nächste Jahr, das Thema Geschichte der Freidenker fortzusetzen (Wochenende 19. bis 20. Oktober). Genaues folgt zum späteren Zeitpunkt.

Eine kleine Gruppe von Mitgliedern unseres Landesverbands besuchte im August die beeindruckende Heinrich-Vogler-Ausstellung in Worpswede. Für diesen Besuch haben wir besonders im Raum Bremen geworben. Die Teilnehmer kamen aber aus anderen Regionen unseres Landesverbands. Bei herrlichem Wetter konnten Eindrücke über die Ausstellung ausgetauscht und auch über die Arbeit des Landesverbands konnte informiert werden.

In Hamburg haben wir zwei Veranstaltungen in Kooperation mit dem Stadtteiltreff AGDAZ e. V. (Arbeitsgemeinschaft-Deutsch-Ausländische-Zusammenarbeit) durchgeführt: Die Journalistin Susann Witt-Stahl sprach zum Thema „Islamhass als neoliberale Ideologie“ und einen Erich-Kästner-Abend gestaltete unser Mitglied Helmuth Sturmhoebel mit musikalischer Begleitung. Beide Veranstaltungen waren erfolgreich.

In Neustrelitz besteht nur noch eine kleine Gruppe, die aber sehr fürsorglich von unserem Mitglied Elliemarie Simon betreut wird.

Die Schwerpunktarbeit unserer Mitglieder Cornelius Kaal, Sylvia und Falk Junge in Lüneburg ist die Durchführung der Jugendweihekurse im Rahmen der AG Jugendweihe Groß-Hamburg e. V.

In Kiel sind unsere Mitglieder wie bisher auch in der Atheistischen Gruppe aktiv.

Unser Landesverband beteiligt sich aktiv im Bündnis für ein Deserteursdenkmal in Hamburg und war an mehreren Aktionen und Veranstaltungen am „Kriegsklotz“ (Nähe Dammtorbahnhof) mit Infoständen dabei. In dem Zusammenhang wird es in der Zeit des Evangelischen Kirchentags (1. bis 5. Mai) ein „Klotzfest“ geben. Die Planungen dafür laufen bereits auf Hochtouren. Das Angebot wird Musik, Diskussionen, Rezitationen, Informationen und Aktionen beinhalten.

Bitte die Rubrik „Tipps und Termine“ beachten. Hier wird auch auf weitere Aktivitäten, Veranstaltungen zentral oder dezentral hingewiesen.

Die Herausgabe unseres Rundbriefs in Kooperation mit dem Landesverband Niedersachsen hat sich gefestigt. Angestrebt ist aber auch die Intensivierung der inhaltlichen Redaktionsarbeit. Das sollten wir im Jahr 2013 versucht sein zu schaffen.

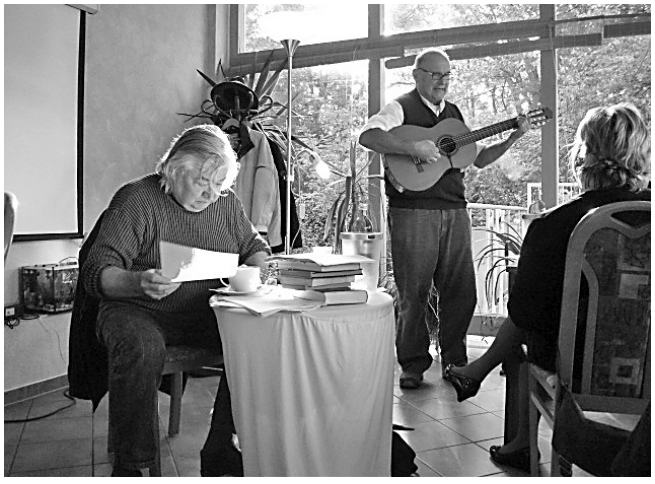
Die Post erhöht zum 1. Januar 2013 die Preise. Das bedeutet Mehrausgaben allein beim Versand des Rundbriefs. Darüber hinaus kosten alle Aktivitäten, die wir durchführen oder anbieten, GELD. Deshalb bitten wir den Spendenaufruf zur Finanzierung unseres Rundbriefs in diesem Heft zu beachten.

Allen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden wünscht der Landesvorstand ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr, bedankt sich für die Treue und geleistete Unterstützung in aktiver oder passiver Form.

*Angelika Scheer*

*Initiative für ein Deserteursdenkmal in Hamburg Gerd Adolph (Kiel) am Infostand des DFV*

*Kultur mit „Ernesto“ Schwarz, Gesang und Guitarre, auf dem Wochenendseminar in Neustrelitz*



# Ein linkes Volksfest wird fast 40

## Drei Tage lang wird in Hamburg-Eimsbüttel gerockt, diskutiert und gefeiert

Es ist auf den ersten Blick eine große Drei-Tage-Party mit viel Musik und internationalen kulinarischen Genüssen. Doch nirgendwo präsentieren sich so viele unterschiedliche politisch linke Gruppen, Parteien und Initiativen wie auf dem Methfesselfest im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel.

„Mit Vergnügen Position beziehen!" – So lautete das Motto des diesjährigen Methfesselfestes in Hamburg-Eimsbüttel. Die Drei-Tage-Party im Herzen des Stadtteils im Nordwesten der Hansestadt ist eine der wenigen nicht-kommerziellen und zudem explizit politischen Veranstaltungen in der an Events nicht gerade armen Hansestadt.

Traditionell ist es ein linkes Fest, auf dem sich zahlreiche Initiativen und Parteien wie DIE LINKE, die DKP, die Kommunistische Plattform Clara Zetkin, aber auch die Sozialistische Jugend - Die Falken, die Jungsozialisten, der Hamburger Flüchtlingsfonds, Solidaritätsgruppen wie „Cuba Si", eine Arbeitsgemeinschaft der LINKEN, sowie Trotzkisten präsentieren. Auch das „Neue Deutschland" sowie die Zeitung der DKP, die „UZ - Unsere Zeit", waren mit je einem Stand vertreten. Informationen gab es von der Gruppe „Noya", die auf die Verschwendung von Lebensmitteln hinwies, indem sie Speisen anbot, die aus Gemüse und Obst zubereitet waren. Sie waren von Supermärkten gespendet, sonst auf dem Müll gelandet wären. Wer mochte, konnte sich auch über die Arbeit des Deutschen Freidenker-Verbandes informieren, der für die Rechte von Atheisten streitet.

Von Freitag bis Sonntag gab es für die Besucher ein umfangreiches Programm mit Rock und Pop, politischen Liedern wie etwa von Kai Degenhardt, der eigene und Songs seines kürzlich verstorbenen Vater Franz Josef spielte. Auch für die kleinen Besucher hatten die Veranstalter gesorgt. Kids konnten sich schminken lassen, sich bei einem Handpuppenspiel aus Mexiko amüsieren oder bei der Rockband „Radau!" („garantiert blockflötenfrei") Party machen.

Doch wer sind eigentlich die Veranstalter des Methfesselfestes? Die Geschichte der Veranstaltung seit 1974 zeigt, dass diese keine Selbstverständlichkeit ist und jedes Jahr neu auf die Beine gestellt werden muss. Entscheidend sei dabei die überparteiliche Vorbereitungsgruppe, erläuterte Wolfgang Mix, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit: „Das ganze Fest hängt vom Engagement der Leute ab. Im Frühjahr zum 1. Mai starten wir unseren Aufruf an die Initiativen und Parteien. Es macht viel Arbeit, aber es macht auch ein Stück süchtig."

Es ist nicht ganz einfach, die Geschichte des Methfesselfestes zu rekonstruieren. Laut Hartmut Obens, Fraktionschef der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel, ist das Methfesselfest eng verbunden mit der Entwicklung der Hamburger Linken in den 70er Jahren. „Das Fest wurde 1974 gegründet und hat sich durch alles Wenden hinweg erhalten." Erhalten wohl, aber es gab auch scharfe Brüche, schildert Wolfgang Mix: „Bis 1989 war es ein reines Fest der DKP, Mitte der 90er Jahre wurde es wieder belebt als linkes Straßenfest." Noch vor ein paar Jahren stand das Fest fast vor dem Aus, weil die älteren Organisatoren nicht mehr wollten, doch dann fanden sich Jüngere, die die Tradition fortführten – mit Erfolg.

Mix zufolge sei die Veranstaltung „für die heutige linke Szene ganz wichtig. Kürzlich sagte jemand zu mir: ›Die Leute sind inzwischen so individualisiert, dass sie sich gar nicht mehr treffen.‹ Aber auf dem Methfesselfest trifft man Leute, die man manchmal das ganze Jahr nicht gesehen hat". Ähnlich bewertet auch Hartmut Obens die Veranstaltung mit ihrem nicht-kommerziellen und zudem internationalistischen Charakter: „Sie hat große Bedeutung als linkes Volksfest und ist damit einzigartig in Hamburg."

*Neues Deutschland*
*Von Reinhard Schwarz, Hamburg 13.8.2012*

# Offener Brief an alle Bundestagsabgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, Mitglieder des Bundestags,**

auch wir vom Deutschen Freidenker-Verband, Landesverband Nord e. V., protestieren gegen eine Änderung des § 51 Abs. 3 der Abgabenordnung (AO.)

Was bezweckt man damit, dass der Verfassungsschutz darüber entscheiden soll, welcher Verein die Gemeinnützigkeit bekommen soll oder nicht? Die AO)soll so geändert werden, dass allen Vereinen, die in einem Verfassungsschutzbericht im Zusammenhang mit Extremismus genannt werden, die Gemeinnützigkeit ohne Prüfung entzogen wird.

Es gibt keine Festlegung, nach welchen Kriterien ein Verein, eine Gruppierung oder Bildungsträger als „extremistisch" eingestuft werden. Die Innenminister der Länder könnten mittels Verfassungsschutzberichtes unbeliebte politische Organisationen, Vereine usw. einfach auf eine schwarze Liste schreiben.

„Extremismus" ist kein definierter Rechtsbegriff. Er wird nur in der Abgabenordnung genannt, aber in keinem einzigen Gesetzestext verwendet. „Nach den Grundsätzen unseres Rechtsstaats reicht ein Verdacht oder eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz noch nicht für eine Sanktion – hier: Aberkennung der Gemeinnützigkeit – aus."

Schon früher wurden V-Leute in die Arbeitskreise der linken Szene eingeschleust. Im Falle einer Erwähnung im Verfassungsschutzbericht konnten betroffene Organisationen ihre Gemeinnützigkeit durch eine Klage vor dem Finanzamt nachweisen. Mit der geplanten Gesetzesänderung wäre das nicht mehr möglich. In dem Fall müsste eine Klage vor einem Verwaltungsgericht gegen die Nennung im Verfassungsschutzbericht angestrebt werden. Das könnte sich dann über Jahre hinziehen.

Aus diesem Grund fordern wir, diesem Gesetz nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

*Angelika Scheer*
*Vorsitzende des Landesverbands; Hamburg, 3. August 2012*

# Internationale Solidarität

## „Die Basis denkt etwas anders als die Führung“

Vom 15. bis 22. September besuchte eine europäische Gewerkschaftsgruppe Griechenland. Ein Gespräch mit Wilfried Dreßler. Wilfried Dreßler ist Metallarbeiter im Vorruhestand, Referent in der IG Metall und Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und nahm an der Solidaritätsreise teil.

**Wie hat Ihre Reisegruppe zusammengefunden?**

Wir sind eine Gruppe von Gewerkschaftern aus der Bundesrepublik, aus Spanien, aus der Schweiz, aus Österreich und zwei Kollegen aus Serbien, die sich über ihre Gewerkschaftsarbeit kennengelernt haben. In unseren Diskussionen haben wir uns auch mit Griechenland auseinandergesetzt. Es gab in Hamburg und in Berlin auch mal Veranstaltungen, auf denen Menschen aus dem linken Spektrum über Griechenland sprachen. Danach haben wir gesagt, wir müssten uns eigentlich mehr darum kümmern.

**Warum fanden Sie es wichtig, gerade jetzt als Gewerkschafter selbst nach Griechenland zu reisen?**

Vor allem, um Solidarität zu üben, um zu zeigen, dass nicht alle Deutschen die Geschichten der Medien glauben, nach denen die Griechen faul und selbst schuld sind, weil sie, wie man so oft hört, »über ihre Verhältnisse leben«. Mit dem, was wir hier gesehen und an Informationen gesammelt haben, können wir dieses Bild richtigstellen.

**Was haben Sie sich angesehen?**

Wir haben zunächst eine Gedenkstätte an einem Ort besucht, wo die Nazis im zweiten Weltkrieg griechische Widerstandskämpfer und desertierte Soldaten erschossen haben. Dann waren wir in Betrieben und Hospitälern, die zum Teil in Selbstverwaltung arbeiten. Vor allem versuchen wir, mit Arbeitern Kontakte aufzubauen, die im Widerstand stehen, wie zum Beispiel die Transportarbeiter im öffentlichen Nah- und Fernverkehr oder die Krankenhausbeschäftigten. Was waren Ihre intensivsten Eindrücke während der Reise?

Bei einem Spaziergang durch die Altstadt habe ich zum ersten Mal tagsüber Menschen gesehen, die schlafend an der Straße lagen, keine Schuhe und wahrscheinlich seit Tagen nichts gegessen hatten. Ich befürchte, dass wir schon bald in der Presse von Hungertoten lesen werden.

**Welche gewerkschaftlichen Kontakte haben Sie geknüpft – und worum ging es dabei?**

Wir haben zuerst die Gewerkschaften der Transportarbeiter besucht. Unter uns ist ein Kollege, der in einem Ausbesserungswerk der Deutschen Bahn arbeitet. Der konnte den griechischen Kollegen ganz konkret erzählen, was im Fall einer Privatisierung auf sie zukommt. Dann haben wir Kontakt zu teilweise schon vor drei Jahren entlassenen Werftarbeitern geknüpft, was mich als Metaller natürlich besonders interessiert. Ein Teil von uns ist weiter nach Thessaloniki gefahren, wo Besuche bei selbstverwalteten Gesundheitszentren und in einer besetzten Fabrik auf dem Programm standen.

**Was haben Ihnen die Gewerkschafter über ihren Widerstand erzählt?**

Die Situation der Gewerkschafter in Griechenland ist einerseits der unseren sehr ähnlich – die Basis denkt etwas anders als die Führung. Wir haben hier Basisgewerkschaften kennengelernt, die versuchen, sich unabhängig, abseits von den parteidominierten Gewerkschaften zu organisieren. Dieser Prozess ist noch im Anfangsstadium, aber es entwickeln sich überall kleine und gute Ansätze.

**Was wollen Sie zu Hause mit dem hier Erlebten anfangen?**

Ich persönlich habe bereits mit der IG Metall, dem DGB und dem Freidenkerverband abgesprochen, in Versammlungen und Publikationen darüber zu berichten. Es wird uns wohl nicht möglich sein, in der BRD flächendeckende Solidarität mit den Arbeitern in Griechenland zu organisieren. Aber wir haben hier zum Beispiel erfahren, dass in vielen Krankenhäusern und Apotheken Medikamente fehlen und in der Bevölkerung das Geld für Medikamente. Deshalb wollen wir eine Lieferung auf den Weg bringen, um ganz konkrete Hilfe zu leisten. Darum wurden wir auch in anderer Hinsicht gebeten, da in Griechenland Materialien und Maschinen, aber auch technische Unterstützung, Ingenieure und Techniker für den Aufbau selbstverwalteter Fabriken gebraucht werden. Zugleich wollen wir einen gemeinsamen Diskussionsprozess in Gang bringen – zum Beispiel zum Thema Faschismus. Die Faschisierungstendenzen in Griechenland sind sicher nicht hundertprozentig vergleichbar mit denen in Deutschland am Ende der Weimarer Zeit, aber es gibt Parallelen.

*Wilfried Dreßler ist Metallarbeiter im Vorruhestand, Referent in der IG-Metall und Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und nahm an der Solidaritätsreise teil.*

Das Interview führte Heike Schrader, Athen. Wilfried Dressler ist Landesvorsitzender der DFV in Niedersachsen. Mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung /* Junge Welt vom 25.09-2012 */

# 3. Antifaschistischer Hafentag Hamburg Mai/Juni 2013 – „Wolf Hoffmann“

**Liebe Freunde der Internationalen Brigaden, liebe Antifaschistinnen, lieben Antifaschisten,**
wir laden Euch herzlich zum **3. Internationalen antifaschistischen Hafentag vom 31.5. bis zum 2.6.2013** nach Hamburg ein. Das genaue Programm und die Kosten werden noch erarbeitet aber folgende Eckpunkte stehen fest:

### Freitag, den 31.5.2013

**Nachmittags**
Treffen in der Gedenkstätte Ernst Thälmann.
In der Gedenkstätte gibt es an diesem Tag für uns die Ausstellung zur Machtübernahme der Nazis 1933 zu sehen. Anschließend gibt es eine Führung durch das Viertel rund um die Gedenkstätte zu historischen Plätzen. Der Platz vor der Gedenkstätte Ernst Thälmann wurde im Volksmund vor 1933 der „Rote Platz“ genannt.

**Abends** wird es eine Benefizveranstaltung der internationalen Solidarität zu Gunsten z. Zt. kämpfender Hafenarbeiter und Seeleute geben. Zusammen werden wir u.a. der Machtübernahme in Chile 1973 durch die Pinochetfaschisten gedenken und erinnern. Gemeinsam mit chilenischen Antifaschisten werden wir diesen Teil der Veranstaltung gestalten.

### Die Veranstaltung soll drei Schwerpunkte haben:

- Der historische Kampf der Internationalen Transportarbeiter Föderation gegen den Hitler- und Francofaschismus.
- Putsch in Chile durch die Pinochetfaschisten vor 40 Jahren
- Aktueller Kampf der Internationalen Transportarbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung

Vorläufiges Motto des Abends:
**INTERNATIONALE SOLIDARITÄT –**
**UNSERE GEMEINSAME KRAFT**

Es werden antifaschistische Künstler auftreten, wie u.a. die chilenische Gruppe „Resistenzia“ und weitere deutsche und ausländische Künstler. Der Widerstand wird visuell mit Diashow und Videoclips dargestellt. Jeder ist im übrigen eingeladen, mit künstlerischen Beiträgen zum gelingen des Abends beizutragen.

### Samstag, den 1.6.2013

Unsere traditionelle Hafenrundfahrt zum Widerstand.
Im Internationalen Seemannsclub DUCKDALBEN werden wir unseren Kämpfern gedenken.

### Sonntag, den 2.6.2013

Besuch des KZ`s Fuhlsbüttel und der Willi-Bredel-Gesellschaft. Ehrung unserer Kämpfer auf dem Ehrenhain der Hamburger Widerstandskämpfer.
Kontakt und Nachfragen: brigadistas@arcor.de
*Eine Veranstaltung des KFSR e.V., Ausführung KFSR – Gruppe-Nord in Kooperation mit AntifaschistInnen aus Hamburg-*

# Aus den Regionen und den Ländern

## Hamburg

### Pressemitteilung DFV Nord

**Vom 24. 08. 2012 wurde anlässlich einer Kirchenaktivität zu Beginn des Schuljahres 2012 versandt**

Der Deutsche Freidenker-Verband Nord e. V. protestiert scharf gegen die Beeinflussung von Lehrerinnen und Lehrern an Hamburger Schulen. Diese werden über ihre Schulleitungen zum Gottesdienst in eine Hamburger Kirche vom Pädagogisch-Theologischen Institut zum Gottesdienst in eine Hamburger Kirche eingeladen. Der DFV tritt für die strikte Trennung von Staat und Kirche sowie von Bildung und Kirche ein.

Der Vorstand des DFV Nord fordert die Schulleitungen auf, dieses Ansinnen der Kircheninstitution abzulehnen und die Lehrerinnen und Lehrer mit Glaubensfragen im Schulalltag nicht zu behelligen. Weiter fordert der Vorstand des DFV Nord, dass die Schulleitungen das Institut auffordern zukünftig von solchen Aktionen Abstand zu nehmen.

*Für den Vorstand*
*Angelika Scheer*
*Vorsitzende*

## Verträge mit den muslimischen Verbänden

### Hamburg setzt bundesweit ein starkes integrationspolitisches Signal

„Mit den in dieser Woche vorgelegten Verträgen mit den islamischen Religionsgemeinschaften gibt Hamburg bundesweit ein ganz starkes integrationspolitisches Signal“, so Barbara Duden, Fachsprecherin Verfassung der SPD-Bürgerschaftsfraktion. „Die muslimischen Verbände bekennen sich ausdrücklich zu den Grundwerten unseres Grundgesetzes, zur Gleichberechtigung der Geschlechter und sprechen sich außerdem gegen jegliche Art von Diskriminierung und Gewalt aus.“

Duden weiter: „Die Verträge bilden die Lebenswirklichkeit in unserer Stadt ab. Es geht längst nicht mehr um ein ‘die’ und ‘wir’, sondern um ein Miteinander, das von gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigem Respekt geprägt ist. Das islamische Leben, das in Hamburg bereits stattfindet, findet in diesem Vertrag seine Ausgestaltung. Die vernünftige gelebte Praxis wird festgeschrieben und Rechte und Pflichten formuliert.“

Seit 2005 wurden bereits mit der evangelischen, der katholischen und der jüdischen Gemeinschaft solche Vereinbarungen geschlossen. Die SPD-Fraktion stand von vornherein hinter diesen Vorhaben. Gerade auch mit Blick auf die Verhandlungen mit den muslimischen Verbänden haben CDU und später auch Schwarz-Grün hier bereits wichtige Vorarbeit geleistet, die jetzt erfolgreich zum Abschluss gebracht wird. Duden: „Wir wollen nun eine ausführliche parlamentarische Beratung in der Bürgerschaft ermöglichen und setzen auf eine möglichst breite parlamentarische Mehrheit.“

*Barbara Duden*

*Presseerklärung der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg*
*Donnerstag, 16.08.2012*

# Niedersachsen/Bremen

## Kampagne Mitarbeit in Heideruh

### Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und liebe Freunde,

Ihr kennt die Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh. Wenn ihr sie nicht persönlich kennt, habt ihr aber davon gehört und es wird höchste Zeit Heideruh kennen zu lernen.

Vor zwei Jahren fiel die Entscheidung: Heideruh soll bleiben! Das heißt: Altes zu erhalten und die Türen für Neues zu öffnen, damit Heideruh mit seiner einzigartigen Geschichte und seinen Inhalten auch für die Nachgenerationen des Faschismus erhalten bleibt und seine Finanzen stabilisieren kann.

Neue Ideen, neue Herausforderungen, erweiterte Inhalte haben in der Antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh Einzug gehalten: die 50-jährige Geschäftsführerin Bea Trampenau macht den Generationswechsel deutlich, der neue Vorstand setzt sich verstärkt aus Menschen aus der Umgebung von Heideruh zusammen, die Gemeinschaftsräume sind besser als Seminarräume zu nutzen, die Jugendarbeit ist erfolgreich gestartet, Gruppen und Nachbarn aus dem Landkreis Harburg nutzen Heideruh zunehmend, die Vielfalt antifaschistischer Gruppen nimmt zu, die Gäste werden langsam jünger, in dem Forschungskollektiv Heideruh mit Studentinnen der HTW Berlin, Abtlg. Museumskunde ist die Vergangenheit von Heideruh wissenschaftlich aufgearbeitet worden – wichtige Schritte hin zum lebendigen Gedenkort. Diese Arbeit unterstreicht nochmals, dass Heideruh immer wichtig war und auch in der heutigen Zeit unbedingt erhalten werden muss. Die Inhalte sind und bleiben Erholung und antifaschistische Bildung, Kultur und Begegnung.

Geblieben ist auch: Der Trägerverein Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e. V. ist unabhängig von Organisationen und Parteien und die Arbeit wird vorrangig ehrenamtlich erledigt.

Damit das alles erhalten und weiter entwickelt werden kann, braucht Heideruh unsere Unterstützung: **Heideruh braucht ehrenamtliche Helferinnen und Helfer**; in der Küche, im Fahrdienst, im Büro, als HandwerkerIn und in der Gästebetreuung. Helfende aus der Umgebung, die für kurzfristige und kurze Arbeitseinsätze zur Verfügung stehen und Helfende, die wochen- oder monatsweise ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen – das ganze Jahr über, in den Wintermonaten eher an Wochenenden.

Wir als Vorstand des DFV Nord bitten euch über Unterstützungsmöglichkeiten für das Wohn- und Ferienheim

„Heideruh“ in der Nordheide nachzudenken und sich selbst oder Personen von einem oder mehreren Arbeitseinsätzen zu überzeugen.

Heideruh freut sich, wenn wir unterstützend tätig werden.
Mit solidarischen Grüßen

*Vorsitz oder Vorstand von Verein oder Initiative*

**Kontaktdaten von Heideruh:**
**Ahornweg 45, 21244 Buchholz, Tel.: 04181-8726,**
**E-Mail: info@heideruh.de**

# Braunschweiger Freidenker besichtigten KZ-Gedenkstätte Dora

Am 14. Juli 2012 besuchten sieben Mitglieder der Ortsgruppe Braunschweig die KZ-Gedenkstätte Dora bei Nordhausen.

Das faschistische Konzentrationslager Dora-Mittelbau wurde am 28. August als Außenlager Buchenwald errichtet. Seit 1944 war Dora ein selbstständiges Lager mit etwa 40 Außenkommandos. Mehr als 30 000 Häftlinge aus 26 Nationen wurden rücksichtslos bei dem Bau der unterirdischen Produktionsstätten für die V-Waffen und zu deren Herstellung eingesetzt. Bis zur Befreiung des KZ am 11. April 1945 wurden etwas 16 000 Menschen ermordet.

In den dreißiger Jahren wurde im Kohnstein ein Tanklager für Flugzeugbenzin angelegt.

Nach der Zerstörung der V2-Anlage in Peenemünde wurde hier die Produktionsstätte aufgebaut. Während dieser Zeit mussten Häftlinge zeitweise in den Stollen schlafen, während rund um die Uhr produziert, transportiert, produziert und auch gesprengt wurde. So waren die Häftlinge ständig unsäglichem Lärm, Nässe und Staub ausgesetzt. Und das bei 12 Stunden Arbeit sowie beim Schlafen, zu dem die Menschen wohl kaum gekommen sind. Die Verpflegung war minimal und von schlechter Qualität. Die Temperatur im Stollen betrug ständig 8 °C; bei einer relativen Luftfeuchtigkeit 60 %. Erst, als die Raketenproduktion angelaufen war, wurde das Lager außerhalb des Stollens aufgebaut.

Die Führung durch die Gedenkstätte ist auch eine Führung durch die menschliche Seele. Unter den Bedingungen im Lager wurde der Charakter der Menschen, gepaart mit dem Überlebenswillen, sichtbar. Besonders ergriffen waren wir von den Verhaltensweisen, den die Häftlinge unter im Lager durch die Wachmannschaften ausgesetzt waren.

Dazu gibt es viele Beispiele. So über das bewusst willkürliche Bestrafungssystem im Lager, zu dem Verhalten der Häftlinge, die als Funktionshäftlinge im Auftrage der Bewacher das Lager zu verwalten hatten.

Erschreckend für uns war, welcher Brutalität die Häftlinge ausgesetzt waren. Anfangs wurden die Leichen der in Dora ermordeten Häftlinge nach dem KZ Buchenwald gefahren. Dort wurden sie verbrannt. Das KZ Dora erhielt ein eigenes Krematorium. Pervers ist, das die Asche der verbrannten Menschen gleich hinter dem Krematorium verkippt wurde.

Am 11. April 1946 wurde am Krematorium von der sowjetischen Besatzungsmacht ein Mahnmal errichtet. 1954 wurde das Krematorium selbst als Denkmal eingeweiht. Die Figurengruppe der Gedenkstätte wurde von Jürgen von Woyski geschaffen.

### Bekannte Häftlinge im KZ Dora-Mittelbau waren:

**Stephane Hessel** ( „Empört Euch!“; u.a. Mitinitiator der Deklaration der Menschenrechte von 1948 );

**Heinz Galinski** (ehemals Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Deutschland; Vater von Evelyn Hecht-Galinski)

**Jean Amery** (eigentlich Hans Chaim Meyer; österreichischer Schriftsteller, Freitod 1978)

**Albert Kuntz** (ehemaliger KPD-Funktionär, am 22./23. Januar 1945 in KZ Dora ermordet)

Der Besuch der Gedenkstätte hat und sehr betroffen gemacht. Die nachfolgenden Worte sind deshalb als Credo und als Bitte gedacht:

Das Geschehene können wir als Nachgeborene nicht rückgängig, nicht ungeschehen machen. Aber was wir und alle die uns nachfolgenden Generationen tun müssen, ist, solche und andere Verbrechen an Menschen und Menschheit in aller Zukunft zu verhindern.

Deshalb sind Gedenkstätten wie Auschwitz, Dora, Buchenwald notwendig. Sie sind für uns Stätten der Erinnerung und Mahnung zugleich. Auch sind wir dies den Opfern der menschlichen Grausamkeit schuldig.

Nach dem Besuch in der Gedenkstätte haben wir der Stadt Nordhausen einen Besuch abgestattet. Unsere Aufmerksamkeit galt besonders dem Gelände der Thüringer Landesgartenschau von 2004. Interessant, wenn auch anstrengend, war die Besichtigung der Landschaftsgestaltung auf dem Petersberg. Sehr schön waren die Blumenrabatten, Rasen und Baumgruppen innerhalb von baulicher Landschaftsgestaltung. Ein sehenswertes Objekt von Nordhausen, das im April 1945 sehr stark durch Bombenangriffe zerstört wurde.

*i. A. Kurt Wolfgang Ringel*

PS.: Im Internet sind zu dem Thema der Gedenkstätte viele Beiträge mit Bildern zu finden.
(Stichpunkte: Kohnstein, KZ Mittelbau-Dora, u.a.)

# Schleswig-Holstein

*Sie hat Vorschläge gemacht–*
*Wir haben sie angenommen.*
*(Nach Bertolt Brecht)*

## Nachruf auf Nadja Kleinholz
## 1925 – 2012

Nadja Kleinholz,
die am 24. Juni 2012
im Alter von 87 Jahren gestorben ist,
hat den ZAA (Zusammenarbeitsausschuss
der Friedensbewegung Schleswig-Holstein mitgegründet, bis vor ein paar Jahren geleitet
und auch danach noch wesentliche
Anregungen für seine Arbeit gegeben.

Es ging ihr um ein Europa des Friedens und der Verständigung,
zu dem Deutschland einen wesentlichen Beitrag leistet.
Sie arbeitete an einem breiten Bündnis aller
für den Frieden engagierten politischen Kräfte.

*Zusammenarbeitsausschuss (ZAA) der Friedensbewegung Schleswig-Holstein*

Der DFV schließt sich dem Nachruf an. Auch wir Freidenker haben mit Nadja im Rahmen der Friedensbewegung engen Kontakt gehabt.

# Mecklenburg-Vorpommern

## Offener Brief die Bedrohung von Flüchtlingen in Wolgast Nord betreffend

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,**
wir alle konnten am 20. September einen Beitrag in „Panorama“ sehen, der uns das Blut in den Adern gefrieren ließ: 20 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen wird in Wolgast Nord vor laufenden Kameras mit einem Angriff auf den Wohnblock gedroht, in dem bereits die ersten Familien von insgesamt 200 Flüchtlingen eingezogen sind. Über die Grünfläche im Innenhof erschallt aus Verstärkern Nazi-Musik mit Mordaufrufen.

Sie meinen, den Zuschauern zeigen zu müssen, dass die für die Flüchtlinge vorgesehenen Räume – eher an Zellen als an Wohnraum erinnernd - “mehr als spartanisch” eingerichtet sind. Das beschämt uns, weil es unterstellt, es sei öffentlicher Auftrag, Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, auf keinen Fall freundlich zu empfangen. Zugleich schwenkt es auf das rassistische Ressentiment ein, das Anwohner/innen artikulieren – öffentlich, und sicher nicht weniger ohne Mikrophon. Auch das erinnert an die Situation vor (und nach) dem Pogrom in Lichtenhagen.

Angesprochen auf die unmittelbaren Drohungen und die daraus ersichtliche Gefahr für die Bewohner/innen des Blocks antwortet der Vertreter des Landkreises, dass den Flüchtlingen nichts zugemutet werde, was er nicht auch „deutschen Bürgern zumute“, die Bedrohung bewege sich „im Rahmen des Normalen“. Mit Verlaub: das scheint uns angesichts der realen Situation zynisch!

Auf der Website der Stadt können wir mittlerweile nachlesen, dass die Bürger/innen von Wolgast durch den Panorama-Beitrag “verunglimpft” würden. Die Rede war aber nicht von “weiten Teilen der Bevölkerung”, sondern von den Nachbarn, denen die Flüchtlinge ausgesetzt sind.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir erwarten, dass Sie dieser Situation ein Ende machen und dafür Sorge tragen, dass den Flüchtlingen eine sichere und menschenwürdige Unterkunft angeboten wird.

Wir werden in den nächsten Wochen nach Wolgast kommen, um uns persönlich ein Bild zu machen und den Flüchtlingen zur Seite zu stehen. Dabei möchten wir gern auch Ihnen einen Besuch abstatten.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir
*mit freundlichen Grüßen*

*Prof. Dr. Heinrich Fink* *(Vorsitzender)*
*Cornelia Kerth* *(Vorsitzende)*

# Kultur

## Ehrenfeld für Verfolgte des Naziregimes in Hamburg – eine Buchvorstellung

Von den Autorinnen Ursel Hochmuth und Ursula Suhling ist nach langer Vorarbeit im Jahr (2012) das Buch „Ehrenfeld für Verfolgte der NS-Herrschaft" im VSA Verlag erschienen. Die Begräbnis- und Gedenkstätte ist 1961 von der Geschwister-Scholl-Stiftung auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg geschaffen worden. Der Friedhof ist der größte Parkfriedhof der Welt!

Diese Stätte ist für Menschen, die in der Zeit von 1933 bis 1945 unter schwerer Verfolgung durch die Faschisten gelitten haben, und wird von der Friedhofsverwaltung betreut. Bis 2011 wurden auf dem Ehrenfeld 495 Grabstellen eingerichtet. In dem Buch sind sämtliche Namen mit Beruf, Geburts- und Sterbedatum nach Organisation/Verfolgungs- u. Haftgrund, Verfolgungsdauer, Bemerkungen und Literaturhinweise von Seite 18 bis 108 aufgeführt. Insgesamt hat das Buch 135 Seiten. Natürlich konnten nicht alle Daten aus dieser unheilvollen Zeit von den Autorinnen ermittelt werden. Auch fehlen wohl einige Namen von Verfolgten, wie zwischenzeitlich festgestellt wurde.

Für viele Hamburgerinnen und Hamburger war und ist es der Ort, wo liebe Verwandte, Großeltern, Mütter, Väter, Kinder, Freunde, Genossinnen und Genossen ihre letzte Ruhe gefunden haben, derer gedacht wird. Auf Initiative der AG ehemals verfolgter Sozialdemokraten in Hamburg wurde mit Unterstützung der Stiftung auf dem Gräberfeld im Januar 2007 eine Stele errichtet, auf dem 192 Namen von Toten – Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – genannt werden. 14 dieser Namen sind auf den Grabsteinen des Gräberfelds zu finden. Da diese Stele ohne Absprache mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) errichtet worden war, gab es nicht nur Proteste der VVN/BdA, sondern auch von anderen antifaschistischen Einrichtungen wie z. B. des Kuratoriums „Gedenkstätte Ernst Thälmann" e. V., dessen Vorsitzender ich zu der Zeit war. Dort liegen u. a. meine Vorbilder schon aus der Jugendzeit wie die Abgeordnete der ersten Bürgerschaft nach 1945, Frieda Reimann (KPD), und ihr Mann Walter, mit denen ich in Hamburg-Lurup aufgewachsen bin. Sie waren wie viele andere Opfer, die auf dem Ehrenfeld liegen, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden und waren im KZ-Neuengamme inhaftiert.

Nach diesem Eklat hat die Stiftung schnell reagiert und im selben Jahr eine Tafel mit folgendem Text aufgestellt:

**Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung Begräbnisstätte und Gedenkstätte für Menschen, die in der Zeit von 1933 bis 1945 als Kommunisten, als Sozialdemokraten oder aus anderen Gründen unter einer schweren Verfolgung durch die Nationalsozialisten gelitten haben.**

Neben dieser großflächigen Gedenkstätte gibt es den kleineren Ehrenhain der Widerstandskämpfer, auf dem auch an Gedenktagen und bei sonstigen Gelegenheiten von Mitgliedern der Thälmann-Gedenkstätte, VVN/BdA-Mitgliedern, den Freidenkern und anderen antifaschistischen Organisationen gedacht wird. Dazu ist auch ein Buch von der Autorin Ursel Hochmuth mit dem Titel „Niemand und nichts wird vergessen" im VSA Verlag erschienen. Am 30. Januar wird alljährlich der Machtübertragung auf Hitler und seiner Nazipartei und deren Opfer auf dem Ehrenhain gedacht. Im Jahr 2013 sind es 80 Jahre her, dass die Faschisten ein Dutzend Jahre ihr Unwesen treiben konnten, bis vor allem die Rote Armee und die anderen Alliierten am 8. Mai 1945 dem grausigen Spuk ein Ende bereitet haben. Doch welcher Geist immer noch in den Köpfen vor allem in Deutschland herrscht, sehen wir ein Jahr nach den NSU-Morden der Nazinachfolger.

Das Buch „Ehrenfeld für Verfolgte der NS-Herrschaft" ist von der VVN/Bund der Antifaschisten e.V. Hamburg und der Willi-Bredel-Gesellschaft, Geschichtswerkstatt e.V., herausgegeben worden und im VSA-Verlag Hamburg unter der ISBN Nr. 978-3-89965-526-1 erschienen. Käuflich zu erwerben in jeder Buchhandlung sowie beim DFV-Nord und den anderen erwähnten Organisationen. Das Gesamtprogramm des engagierten Verlages ist unter www.vsa-verlag.de einzusehen.

*Uwe Scheer*

# Demokratische Rechte

**Rolf Gössner**

## Tarnname „Verfassungsschutz“

Für Kenner des Milieus war es früh abzusehen: Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zur Aufarbeitung des Staatsversagens im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie werden sich an dem Verdunkelungssystem der Geheimdienste die Zähne ausbeißen. Genau so ist es gekommen. Aber ist die Geheimdienstkontrolle erst jetzt zahnlos geworden?

„ ... die Reformvorschläge in Bund und Ländern sind mehr als halbherzig, weil sie sich nicht an die Geheimstrukturen des VS wagen. Es sind Vorschläge, die darauf abzielen, die Pannen- und Skandalträchtigkeit geheimdienstlicher Arbeit zu verringern und die Effizienz zu steigern – obwohl Pannen und Skandale systembedingt sind und die Effizienz, schon aus Geheimhaltungsgründen, auch in Zukunft kaum messbar sein wird. Demokratie- und Bürgerrechtsverträglichkeit spielen bei solchen Reformen jedenfalls keine Rolle, sondern es geht im Kern darum, das gehörig erschütterte Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen ...“

*aus: „Der Freitag“ vom 20.09.2012*

Gesamter Beitrag unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/tarnname-verfassungsschutz

## Verfassungsschutz: Ein Fremdkörper in der Demokratie

Vor den Morden der rechtsradikalen Terrorzelle NSU hat kein Verfassungsschützer gewarnt. Brauchen wir überhaupt einen Verfassungsschutz?

Der Verfassungsschutz hat nichts mit dem Schutz der Verfassung zu tun: Öffentlich kontrollierbare Dokumentations- und Forschungszentren würden völlig ausreichen.

„Noch immer glauben viele Menschen an das Märchen vom „Verfassungsschutz“, der Verfassung und Demokratie schütze. Doch dieses angebliche Schutzorgan trägt einen euphemistischen Tarnnamen, hinter dem sich ein gemeiner Geheimdienst versteckt- mit klandestinen Strukturen, Mitteln und Methoden und der Lizenz zu Gesinnungsschnüffelei, Infiltration und Desinformation. Ein antikommunistisch geprägter, skandalgeneigter Inlandsgeheimdienst, der seine eigene altnazistische Vergangenheit bis heute nicht aufgearbeitet hat, der im Kampf gegen Nazismus versagt, der Verfassung und Demokratie gefährdet und öffentlich nicht kontrollierbar ist...“

*aus: „Frankfurter Rundschau“ vom 4.09.2012*

Gesamter Beitrag unter: www.fr-online.de/politik/verfassungsschutz-ein-fremdkoerper-in-der-demokratie,1472596,17044520.html

Mit freundlicher Genehmigung des Autors Rolf Gössner auszugsweise veröffentlicht. Der Autor war auch schon auf Einladung des DFV-Nord und der Erich-Mühsam-Gesellschaft e. V., Lübeck, zu Gast im Buddenbrookhaus und hat zu dem o.g. Thema gesprochen.

# Unrecht bleibt Unrecht

### Keine Rehabilitation von Berufsverbotsopfern 40 Jahre nach dem Radikalenerlass

Am 28. Januar 2012 jährte sich der auf einer Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt beschlossene „Radikalenerlass“ zum 40. Mal. Für Berufsverbotsopfer war dies ein Anlass, erneut für die Anerkennung des ihnen widerfahrenen Unrechts, für ihre Rehabilitation und Entschädigung sowie die gänzliche Aufhebung der Berufsverbotspraxis einzutreten.

Infolge des Radikalenerlasses waren etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber bzw. Anwärter zum öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz auf ihre politische Zuverlässigkeit durchleuchtet worden. Es kam nach Angaben der Bundesregierung gegenüber der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen von Bewerbern und 265 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Die Dunkelziffer wird auf weitaus höher geschätzt. Betroffen waren Lehrer und Lehramtsanwärter, Sozialarbeiter, Juristen, Post- und Bahnbedienstete aufgrund ihres Engagements in der DKP und anderen linken Gruppierungen bis hin zu SPD-nahen Studentenverbänden, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA und der Friedensbewegung. Aufgrund massiver in- und ausländischer Kritik an der innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einmaligen Berufsverbotspraxis stellte der Bund die Regelanfrage beim Verfassungsschutz 1979 ein. Die Länder folgten nach, zuletzt Bayern im Jahr 1991. 1987 hatte die ILO die Berufsverbotspraxis offiziell verurteilt. Willy Brandt nannte die von ihm mit zu verantwortenden Berufsverbote später einen schweren Fehler. 1995 entschied der Europäische Gerichtshof (EGMR) in Straßburg im Fall der aufgrund ihres DKP-Engagements aus dem Schuldienst entfernten Beamtin auf Lebenszeit, Dorothea Vogt, dass der Radikalenerlass gegen die Menschenrechte der Meinungs- und Koalitionsfreiheit sowie gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verstoßen habe. Die durch den Radikalenerlass bewirkten Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst bedeuten für die Betroffenen heute Renteneinbußen von mehren Hundert Euro im Monat aufgrund fehlender

Berufsjahre. Andere, die aufgrund eines Berufsverbots eine bevorstehende Lehramtstätigkeit gar nicht erst antreten konnten, beklagen regelrechte Armutsrenten aufgrund des erzwungenen Berufswechsels.

Am 9. Februar 2012 beriet der Bundestag über den Antrag der Linksfraktion „Nach 40 Jahren – Berufsverbote aufheben und Opfer rehabilitieren". Dieser Antrag beinhaltete die Forderungen nach Rehabilitierung der Betroffenen, ihrer materiellen Entschädigung, sowie der Übergabe der Verfassungsschutzakten der Betroffenen an die Wissenschaft. Darin hieß es: „Der Radikalenerlass war auch Resultat des staatlich gepflegten und bürokratisch verordneten Irrglaubens, kritische Bürgerinnen und Bürger mit dem Mittel des Radikalismus- oder Extremismusverdachts gängeln und ausgrenzen zu können, ohne die Demokratie zu schädigen. Berufsverbote – egal ob rechtlich legitimiert oder ohne rechtliche Grundlage in der Praxis angewandt oder politisch motiviert – sind immer zu verurteilen und deren Opfer zu rehabilitieren." Abgestimmt werden sollte dabei auch über den Satz „Der Deutsche Bundestag bittet daher all jene Bürgerinnen und Bürger, denen im Zeichen des so genannten Radikalenerlasses Unrecht geschehen ist, um Entschuldigung."

Außer der Linken stimmte nur die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen für den Antrag, der damit nicht angenommen wurde. In einer am Tag nach der Bundestagsdebatte beantworteten Kleinen Anfrage der Linksfraktion zur „Haltung der Bundesregierung zur Berufsverbotspraxis" verwies die Regierung in Nahezu allen Punkten auf die Antwort ihrer Vorgängerregierung in der letzten Legislaturperiode. Insbesondere blieb die Bundesregierung bei ihrer Haltung, dass es sich beim Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahr 1995 zum Fall von Dorothea Vogt um einen „Einzelfall" handle, der nicht ohne weiteres verallgemeinert werden können. „Es besteht auch weiterhin keine Veranlassung, allgemeine Konsequenzen aus dem urteil des EGMR vom 26. September 1995 im Fall Vogt zu ziehen", so das damalige, nun erneut bestätigte Fazit der Regierung.

Bei einem Aktionstag anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz am 14. Juni übergaben Berufsverbotsopfer der Konferenz und dem Bundeskanzleramt eine von 255 Geschädigten unterzeichnete Petition mit der Forderung nach ihrer Rehabilitierung und Entschuldigung für das erlittene Unrecht. Während Parlamentarier der Linken und der Grünen sich mit den Berufsverbotsopfern trafen, fand sich im Kanzleramt nur ein Angestellter der Poststelle zur Entgegennahme der Petition bereit. Bereits einen Monat später erfolgte die Antwort des Bundesinnenministeriums. Darin hieß es, dass die „Entfernung aus dem Beamtenverhältnis" „kein Berufsverbot dar" stelle, sondern „eine Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes". Zudem habe es nie eine Bespitzelung kritischer politischer Opposition durch den Verfassungsschutz gegeben, behauptete das Ministerium. Ausgehend von der Petition stellte die Linksfraktion nun eine erneute Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Die Antwort war eindeutig: es sind keine Initiativen der Bundesregierung bezüglich der Forderungen der Berufsverbotsopfer geplant; die Bundesregierung sieht keinen Anlass, sich mit der Thematik politisch zu befassen; eine Aufhebung der Berufsverbotsurteile liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung.

Von Seiten der Regierung wurde so die Chance, den 40. Jahrestag der Berufsverbote zur Wiedergutmachung eines innerhalb der Europäischen Union einzigartigen Unrechts zu nutzen, vertan. Mit einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen, der Petitionskampagne, Kleinen Anfragen und Anträgen im Bundestag und mehreren Landesparlamenten ist es den Betroffenen gemeinsam mit der Partei DIE LINKE und anderen Verbänden allerdings gelungen, das bisherige Verschweigen, Verdrängen und Vergessen ein Stück weit aufzubrechen. Daran gilt es jetzt anzuknüpfen und weiter Druck zu entwickeln.

*von Ulla Jelpke*
*Die Autorin ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*
*(Siehe dazu auch die aktuellen Fotos vom Protest vor dem Niedersächsichen Landtag in Hannvover vom 6.11.2012 von Bettina Ohnesorge)*

**Deutscher Freidenker-Verband e.V.**
Landesverband Nord. e.V.

In Kooperation mit dem DFV Landesverband Niedersachsen, Wilfried Dressler, Steinstr. 3 37197 Hattorf am Harz Tel. 05584-3533010, E-Mail: dfv-niedersachsen@freidenker.de

**Der DFV im Internet:**
http://www.dfv-nord.de oder www.freidenker.de

Der Bezug des ***Rundbriefs*** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der ***Rundbrief*** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

***Rundbrief***

**Herausgeber :** Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.
**Redaktion:** Uwe und Angelika Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg,Tel. (0 40) 6 31 62 60

Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

**Redaktionsschluss:** jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 2/2013: 28.2.2013
Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V.
Nr. 108359207 (BLZ 200 100 20) bei der Postbank Hamburg
Satz und Druck: GNN Verlag mbH, Köln

# Tipps und Termine 2013

**DFV-Verbandsvorstand (VV)**
11.1.; Sitzung des geschäftsführenden VV(gVV) - Sitzung in Berlin,
12.1.; Teilnahme an der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung „junge Welt"
13.1.; Teilnahme an der LLL-Demo und Veranstaltung in Berlin-Friedrichsfelde.
16.- 17.3. VV-Sitzung in Trier-
5.10. Zentrale wissenschaftliche Konferenz in Köln oder Frankfurt/Main; Arbeitsthema: Probleme, Volk, Staat, Nation- Souveränität, Internationalismus, Patriotismus.
6.10. gVV-Sitzung; Ort s. oben Konferenz
16. - 17.11. VV-Tagung in Magdeburg

**DFV-Landesverband Nord e. V. (LV)**
16.02.; 1. Vorstandssitzung in Lüneburg
03.08; 2. Vorstandssitzung in Kiel /Themenrundgang durch Kiel geplant mit Christel Pieper (VVN/BdA).
26. 4. bis 28. 4. 2013 Bundesweites Freidenker-Treffen in Heideruh/Buchholz i.d.N.; (s. Ankündigung im aktuellen Rundbrief).
01.05.- 1. Mai DGB-Veranstaltung am Tag der Arbeit; Infostand des DFV-Ortsverband Hamburg
03.05 Neustadt/Holstein – Gedenkveranstaltung für die Opfer der Cap- Arcona-Katastrophe
01.06. Teilnahme an der Jugendfeier der AG Jugendweihe in Hamburg
27.07. um 14.00 Uhr: Heideruh-Sommerfest in Seppensen; DFV- Infostand.
18. bis 20.10.; Wochenendseminar und 3. Vorstandssitzung; Ort noch offen.

**Andere DFV-Landesverbände:**
21.-23.6. Kultursommer auf der Burg Waldeck – Rheinl.-Pfalz/Saar und Hessen

**Orts- und Kreisverbände**
**Hamburg:** Mitglieder und Freunde werden eingeladen.
**Kiel:** DFV-Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als „Atheistische Gruppe" jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19; Infos: Gerd Adolph; (Tel. 0431/52 48 07)
**Neustrelitz**
Mitglieder und Freunde der Gruppe Neustrelitz bekommen die Einladungen persönlich
Infos: Dr. Elliemarie Simon ( Tel. 03981/44 32 05)
**Niedersachsen/Bremen:** Termine noch offen; Mitglieder und Freunde werden eingeladen
**Bremen/Bremerhaven:** Infos: z. Z. über Uwe Scheer (Tel. 040/631 62 60)
**Lüneburg:** Infos: Cornelius Kaal, Stellv. Landesvorsitzender, (Tel. 041318544564 o. 0177-2049867)
**Landesverband Niedersachsen:** c/o Wilfried Dressler, Steinstr. 3, 37197 Hattorf am Harz; Tel.05584-35 330 10,
Mail: dfv-niedersachsen@freidenker.org /
www.niedersachsen.freidenker.org
Weitere aktuelle Informationen unter www.dfv-nord.de oder www.freidenker.de

**Hinweise auf Veranstaltungen und Kontakte zu befreundeten Organisationen (ohne Parteien):**

**Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.**
Klapperhof 1, 21033 Hamburg; Infos und Anmeldungen für 2013 bei Helmuth Sturmhoebel; Vorsitzender (Tel. 040/724 55 45)
Die Jugendfeier findet wieder in der Friedrich-Ebert-Halle in Harburg statt: Am 1. Juni 2013.
Infos: ag-jugendweihe-hh@jugendweihe-info.de
Für die Jugendweihe in Lüneburg und Umgebung:Infos und Anmeldungen für 2013: Cornelius Kaal, (Tel. siehe oben o. 0177-2049867)
www.jugendweihe-hamburg.beep.de

**Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) – Geschichtswerkstatt e. V.**
Es gibt Führungen durch die Ausstellung „Zwangsarbeiter in Hamburg", Wilhelm Raabe-Weg 23. Weitere Infos unter www.willi-bredel-gesellschaft.de oder unter der Telefonnummer
040/59 11 07. Adresse: Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg (U- und S-Bahnstation Hamburg-Ohlsdorf). Die Geschichtswerkstatt ist jeweils dienstags von 16.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.
Aktuelle Informationen zum Deserteursdenkmal unter www.feindbegünstigung.de
2- 5. Mai „Klotzfest" am Kriegsklotz in Hamburg am Dammtorbahnhof.

**Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann" e. V. :**
Tarpenbekstr. 66, Ecke Ernst-Thälmann-Platz in 20251 Hamburg-Eppendorf
In der Woche des Gedenkens um den 27. 02. mehrere Veranstaltungen; mehr Infos: www.thaelmann-gedenkstaette.de; Tel.040 47 41 84

**ver.di - Landesbezirk (LBZ)Hamburg: Arbeitskreis „ Antirassismus"**
Jeden ersten Dienstag im Monat, 18.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60
Kontakt und Anfragen: Agnes Schreieder; Stellv.. LBZ-Leiterin Mail: agnes.schreieder@verdi.de

**Wohn- und Ferienheim „Heideruh" e.V.,**
Ahornweg 45, 21244 Buchholz in der Nordheide, OT Seppensen - Jahresprogramm anfordern! Tel. 04181/8726; E-Mail:info@heideruh.de
Mehr Infos: unter www.heideruh.de

*Stand: 16. 12. 2012*